



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: Beantwortung der Interpellation von Marc Bürgi, BDP: "Kriminaltourismus: Genug ist genug!" ([2014-352](#))

Datum: 25. November 2014

Nummer: 2014-352

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Vorlage an den Landrat

Beantwortung der Interpellation von Marc Bürgi, BDP: "Kriminaltourismus: Genug ist genug!" ([2014-352](#))

vom 25. November 2014

1. Text der Interpellation

Am 23. Oktober 2014 reichte Marc Bürgi die Interpellation "Kriminaltourismus: Genug ist genug" (2014-352) ein. Sie hat folgenden Wortlaut:

Seit Jahren gibt es in der Region immer mehr Einbrüche. Das ist länger bekannt. Diese werden auch von der Polizei Basel-Landschaft mit dem steigenden Kriminaltourismus aus dem Ausland begründet. Nun hat der Kanton Basel-Landschaft detaillierte Zahlen bezüglich der Herkunft der Einbrecher veröffentlicht. So wurden 2013 an die 180 Einbrecher erwischt. Dabei stammten 63% nicht aus der Schweiz, 16% waren Asylanten und nur ca. 1/5 der Einbrecher stammten aus der Schweiz. Laut der Aussage des Sprechers der Polizei Basel-Landschaft seien es mehrheitlich Osteuropäer, welche über die "Grüne Grenze" aus Frankreich einreisen würden. Es ist ausserdem bekannt, dass die Dunkelziffer sehr hoch sei. So würden nur etwa 12% der Einbrüche aufgeklärt. Auch Basel-Stadt hat die Zahlen bekannt geben. So werden in Basel-Stadt 88% der Einbrüche durch Ausländer begangen, davon 71% durch Kriminaltouristen.

Nun will Basel-Landschaft als Massnahmen im Inland vermehrt Kontrollen durchführen oder mittels Computersimulationen die Einbruchswahrscheinlichkeit in gewissen Regionen ermitteln. Besonders in der kommenden Herbst-/Winterzeit während längerer Dunkelheit ist vermehrt mit Einbrüchen zu rechnen. Die geplanten Massnahmen reichen kaum aus. Mittels der Kontrollen werden nur bereits im Inland befindende Diebesbanden erwischt. Und das auch nur, wenn Beute beschlagnahmt werden kann.

Der Bevölkerung im Kanton Basel-Landschaft sowie auch der Bevölkerung der gesamten Region ist ein klares Signal zu senden, dass die Sicherheitsdirektion sich der Problematik bewusst ist. Die Unsicherheit in den von Einbrüchen betroffenen Gemeinden ist ernst zu nehmen. Die Sicherheitsdirektion muss sich, auch in Zusammenarbeit mit dem Bund, bewusst werden, dass 63% der Einbrüche im Kanton Basel-Landschaft und 71% der Einbrüche in Basel-Stadt durch die offenen Grenzen verursacht werden.

Ich bitte den Regierungsrat, folgende Fragen dringlich zu beantworten:

- Ist sich die Regierung des Kantons Basel-Landschaft der Problematik mit dem Kriminaltourismus wirklich bewusst?*
- Welche Massnahmen will der Kanton Basel-Landschaft per sofort umsetzen?*
- Welche Massnahmen will der Kanton Basel-Landschaft in Zusammenarbeit mit Basel-Stadt umsetzen?*

- Ist sich die Regierung des Kantons Basel-Landschaft bewusst, dass gegebenenfalls eine aktive Grenzkontrolle der "Grünen Grenze" nach Frankreich notwendig ist?
- Welche Massnahmen will der Kanton Basel-Landschaft in Zusammenarbeit mit dem Bund umsetzen (Grenzwachtkorps)?
- Welche Massnahmen will der Kanton Basel-Landschaft in Zusammenarbeit mit Frankreich und Deutschland umsetzen?

2. Einleitende Bemerkungen

Die Bekämpfung der Einbruchskriminalität ist ein prioritäres Schwerpunktthema des Regierungsrats, der Sicherheitsdirektion, der Polizei Basel-Landschaft sowie der Strafverfolgungsbehörden unseres Kantons. Die Entwicklung der Einbruchszahlen unterliegt einer wellenförmigen Entwicklung. Nach einer längeren Zeit des Rückgangs und der Stagnation haben die Einbrüche in unserem Kanton in den Jahren 2012 und 2013 zugenommen. Die Zwischenbilanz per Mitte 2014 zeigt, dass diese Entwicklung dank umfangreichen Massnahmen und Aktivitäten inzwischen gebremst werden konnte.

3. Beantwortung der Fragen

1. *Ist sich die Regierung des Kantons Basel-Landschaft der Problematik mit dem Kriminaltourismus wirklich bewusst?*

Antwort des Regierungsrats:

Der Regierungsrat und die verantwortlichen Sicherheitsorgane auf der operativen Ebene setzen sich sehr intensiv mit den Themen Einbruchskriminalität und Kriminaltourismus auseinander. In der jüngeren Vergangenheit hatte der Regierungsrat auch die Gelegenheit, bei der Beantwortung von diversen parlamentarischen Vorstössen die aktuelle Situation zu erläutern und die Aktivitäten und Massnahmen in unserem Kanton zur Bekämpfung der der Einbruchskriminalität und des Kriminaltourismus darzustellen. Es wird auf die Vorlagen zu den folgenden Vorstössen verwiesen:

2012-290 Motion Hans-Jürgen Ringgenberg, SVP-Fraktion: Kampf dem Kriminaltourismus; 2014-132 Interpellation Hans-Urs Spiess, SVP-Fraktion: Mehr Sicherheit fürs Baselbiet; 2013-003 Interpellation Hans-Jürgen Ringgenberg, SVP-Fraktion: Was geschieht gegen den Kriminaltourismus ?; 2013-132 Caroline Mall, SVP-Fraktion: Standesinitiative; Sofortmassnahmen zur Einführung von Binnengrenzkontrollen.

Der Regierungsrat hat in all seinen Vorlagen ausführlich dargelegt, weshalb der Bekämpfung der Einbruchskriminalität und des Kriminaltourismus höchste Priorität zukommt und welche Mittel eingesetzt werden, um zur Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung möglichst gute Ergebnisse zu erzielen.

Der Regierungsrat ist sich der Problematik mit dem Kriminaltourismus und der Einbruchskriminalität nicht nur bewusst ist, sondern er setzt zusammen mit der Polizei eine breite Palette von Instrumenten und Vorgehensweisen zu deren Bekämpfung ein.

Welche Massnahmen will der Kanton Basel-Landschaft per sofort umsetzen?

Antwort des Regierungsrats:

In der Vorlage 2014-132, Beantwortung der Interpellation von Hans-Urs Spiess, SVP, „Mehr Sicherheit fürs Baselbiet“, sind auf S. 4 ff. in einer Tabelle jene polizeilichen Massnahmen aufgeführt, die in den Jahren 2013 und 2014 veranlasst und umgesetzt wurden. Diese Listen sind nach wie vor aktuell, weshalb sich der Regierungsrat erlaubt, auf eine Wiederholung zu verzichten und stattdessen auf die Vorlage 2014-132 in vollem Umfang zu verweisen.

2. Welche Massnahmen will der Kanton Basel-Landschaft in Zusammenarbeit mit Basel-Stadt umsetzen?

Antwort des Regierungsrats:

Basis der Zusammenarbeit ist der wöchentliche Informationsaustausch. Auch bei konkreten Ermittlungen wird eng und sehr gut mit den Polizeiorganen des Partnerkantons zusammen gearbeitet.

3. Ist sich die Regierung des Kantons Basel-Landschaft bewusst, dass gegebenenfalls eine aktive Grenzkontrolle der "Grünen Grenze" nach Frankreich notwendig ist?

Antwort des Regierungsrats:

An den Grenzübergängen, an der „grünen“ Grenze und im Grenzraum finden nach wie vor Zollkontrollen und in diesem Rahmen auch gezielte, verdachtsabhängige Personenkontrollen statt. Die Massnahmen des GWK wie mobile Kontrollen im Grenzraum, Kooperation mit den Polizeibehörden und gezielte polizeiliche Aktionen sind zielführend und zeigen Wirkung. Seit der Schengen-Assoziierung sind systematische, verdachtsunabhängige Personenkontrollen an der Grenze nicht mehr möglich. Gemäss Artikel 23 des Schengener Grenzkodex ist die befristete Wiedereinführung der Personenkontrollen an den Binnengrenzen nur bei einer schwerwiegenden Bedrohung der öffentlichen Ordnung und der inneren Sicherheit erlaubt. Nach Auffassung des Bundesrats ist dies derzeit nicht der Fall.

4. Welche Massnahmen will der Kanton Basel-Landschaft in Zusammenarbeit mit dem Bund umsetzen (Grenzwachtkorps)?

Antwort des Regierungsrats:

Das Grenzwachtkorps (GWK) ist ein wichtiger Partner bei der Sicherheitszusammenarbeit. Seit 2000 besteht eine Vereinbarung zwischen dem GWK und dem Kanton Basel-Landschaft über die gegenseitige Zusammenarbeit. Das GWK trägt entscheidend zur Sicherheit in unserem Land, in unserer Region und in unserem Kanton bei. In diesem Jahr hat die Polizei Basel-Landschaft die Zusammenarbeit mit dem GWK stark intensiviert. Darüber beteiligte sich die Polizei Basel-Landschaft am 9./10. Oktober 2014 an einer grossangelegten Kontrollaktion der Kantonspolizeien

(Solothurn, Aargau, Luzern, Zug, Zürich, Basel-Stadt) mit dem GWK sowie der deutschen Bundespolizei und der TPO (schweizerische Transportpolizei).

Die Zusammenarbeit zwischen der Polizei Basel-Landschaft und dem GWK wird gegenseitig als professionell und sehr gut wahrgenommen. Allerdings könnte das Potenzial bei grösserem Personalbestand noch weitaus stärker genutzt werden. Deshalb hat der Regierungsrat dem Landrat kürzlich eine Standesinitiative unterbreitet, worin die Bundesbehörden um eine substantielle personelle Aufstockung des GWK ersucht werden (2014-323, Postulat Caroline Mall, SVP-Fraktion: Standesinitiative; Sofortmassnahmen zur Einführung von Binnengrenzkontrollen).

5. *Welche Massnahmen will der Kanton Basel-Landschaft in Zusammenarbeit mit Frankreich und Deutschland umsetzen?*

Antwort des Regierungsrats:

Grundlage der Zusammenarbeit mit Frankreich und Deutschland ist der wöchentliche Informationsaustausch. Die Kontrollaktionen werden beim wöchentlichen Informationsaustausch auf die jeweils aktuelle Lage angepasst. Auch im Bereich der konkreten Ermittlungen besteht mit Frankreich und Deutschland eine gute, lösungsorientierte Zusammenarbeit. Zur Förderung der Zusammenarbeit mit den Polizeiorganen in Deutschland und in Frankreich ist bei der Polizei Basel-Landschaft eine spezifische Weiterbildung vorgesehen und geplant ist u.a auch die Durchführung von „Stages“ bei der Gendarmerie Nationale in Colmar.

Liestal, 25. November 2014

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Isaac Reber

Der Landschreiber:

Peter Vetter